

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ulrich Singer

Abg. Manuel Knoll

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Claudia Köhler

Abg. Gerd Mannes

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Marina Jakob

Abg. Anna Rasehorn

Staatssekretär Martin Schöffel

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die Tagesordnungspunkte 9 und 10 auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)

Hochwasser des Riedstroms im Juni 2024: Verbindliche Riedstromvereinbarung für künftige Hochwasserereignisse umsetzen (Drs. 19/3856)

und

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)

Hochwasser des Riedstroms im Juni 2024: Finanzielle Hilfen für die privaten Haushalte (Drs. 19/3857)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben das Wort.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wertes Präsidium! Wir wollen anstelle der bisherigen Absichtserklärungen eine verbindliche Riedstromvereinbarung insbesondere für die künftigen Hochwasserereignisse sicherstellen.

Wir hatten ein schlimmes Hochwasserereignis im letzten Jahr, Ende Mai, Anfang Juni. Das hat mehrere Tage in Anspruch genommen. Unsere Rettungskräfte waren bei Tag und Nacht im Einsatz. Die Feuerwehr und ganz viele ehrenamtliche Helfer haben hier wirklich Unfassbares geleistet, um Schlimmeres zu verhindern, und dafür bin ich sehr dankbar, und das möchte ich hier auch ganz klar betonen.

Trotzdem gab es erhebliche Schäden im Überschwemmungsgebiet, weil im Überschwemmungsfall – und die meisten werden das wissen – das Donauwasser ganz bewusst in den Riedstrom ausgeleitet wird, um andere Gebiete vor dem Hochwasser zu schützen.

Liebe Kollegen, uns muss klar sein: Das wird wieder passieren. Selbstverständlich wird es irgendwann bedauerlicherweise wieder ein Hochwasserereignis geben, und dafür brauchen wir jetzt endlich einmal klare Regeln. Wir brauchen eine Regelung für den Riedstrom. Der Riedstrom kann, insbesondere deshalb, weil bewusst dieses Wasser dort hineingeleitet wird, nicht mehr als natürliches Hochwasserereignis angesehen werden. Das war früher anders. Da gab es noch nicht die Dämme, die das Wasser geleitet haben. Aber man hat jetzt alles reguliert, und man hat sich bewusst dafür entschieden, dass man das Wasser im Hochwasserfall in den Riedstrom ausleitet, weil die Gegend dort dünner besiedelt ist. Man hat sich entschieden, den Norden zu schützen, um die landwirtschaftlichen Flächen im Süden ganz klar auch überschwemmen zu lassen.

Geschätzte Kollegen, wenn man so eine bewusste Entscheidung trifft, dann muss die Politik auch den Geldbeutel öffnen und mit klaren Regeln die Betroffenen unterstützen. Es ist eine politische Entscheidung zu sagen: Der Riedstrom wird eingesetzt. – 2024 sind etwa 150 landwirtschaftliche Betriebe von diesen Überschwemmungen betroffen gewesen, bei diesen entstand ein Schaden in der Größenordnung von 11 Millionen Euro.

Der Hochwasserschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und ich muss ganz klar sagen: Unsere Landwirte sind bereit, diese Last mitzutragen. Viele Landwirte, die betroffen waren, haben sich nicht darüber beschwert, dass ein Hochwasserfall eingetreten ist – sie wissen, dass das passieren kann, und stehen auch zur Verfügung –, aber sie fordern – und das meines Erachtens zu Recht – eine angemessene Entschädigung, vor allem aber auch klare Perspektiven.

Was haben wir dann in der Hochwassersituation erlebt? – Seitens der Politik hat Hochwassertourismus stattgefunden – für viele schöne Bilder, für viel Eigenlob. Unzählige Veranstaltungen haben in der Folge in der Bädleschwaige stattgefunden, viele Ortstermine in ganz Nordschwaben, und natürlich wurden auch da wieder viele tolle Fotos gemacht. Herr Holetschek war bei uns, die lokalen Abgeordneten – ich sehe den Kollegen Fackler, ich sehe auch den Kollegen Knoll –, die sich eingesetzt haben. Das will ich auch gar nicht bestreiten. Sie sagen, Sie haben sich für die landwirtschaftlichen Interessen eingesetzt. Ich zitiere von Ihrer Website:

"Die Mühen und der beharrliche Einsatz für die Entschädigung haben sich gelohnt. Wir als CSU haben damit Wort gehalten."

Geschätzte Kollegen, das ist eben nicht ganz der Fall; denn wir können nicht in jedem einzelnen Hochwasserfall wieder diese Diskussion führen, und schließlich gab es schon 2016 eine Absichtserklärung. Auch damals gab es ein Hochwasser, und dann hat man eine Absichtserklärung gemacht. Man hat eine Absichtserklärung zur Riedstrom-Entschädigung im Hochwasserfall geschaffen; aber die wurde nie mit Leben erfüllt, und wir haben bis heute eben keine verbindliche Regelung für unsere Landwirte.

Wir brauchen hier nicht nur für unsere Landwirte eine klare Regelung für 2024 und die kommenden Hochwasser, die irgendwann leider und bedauerlicherweise sicherlich wieder eintreten werden, sondern wir brauchen auch Regelungen für unsere betroffenen Privatpersonen und Bürger. Anstelle einer Absichtserklärung, die sich jetzt hier als wirkungslos und wertlos erwiesen hat, brauchen wir eine klare Regelung für die Landwirte, damit bei künftigen Überschwemmungsereignissen hier auch eine ganz klare Regelung gilt.

Das nächste Hochwasser kommt bestimmt. Die Menschen in der größten Badewanne Bayerns brauchen einfach Klarheit, sie brauchen Planungssicherheit, und die sollten wir ihnen geben. Das betrifft auch die privaten Haushalte, die hier teilweise mit abgehoffenen Kellern dagestanden sind, wo das Öl jetzt das ganze Grundstück, die Keller-

wände usw. durchtränkt hat, und auch die stehen hier natürlich in Unklarheit. Sie wollen wissen: Was ist mit unserem Grundstück in 10 Jahren? Was ist in 20 Jahren? Was ist, wenn wieder ein Hochwasserereignis stattfindet? – Ohne eine klare Regelung ist das massiv wertschädigend für die Menschen dort vor Ort. Deswegen: Geben Sie sich einen Ruck. Sorgen Sie für Klarheit, insbesondere für die nächsten Hochwasserereignisse.

Herr Kollege Knoll, ich bin auch gespannt, wie Sie das für die Zukunft beantworten können. Ich denke, weitgehend wurde jetzt eine Lösung gefunden, die die aktuelle Situation, für die Landwirte zumindest, befriedigend geklärt hat – nicht ganz so gut, wie wir von der AfD es haben wollen. Aber wie ist es um die Klarheit für die Zukunft bestellt? – Vielen Dank, geschätzte Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Manuel Knoll für die CSU-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Manuel Knoll (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Gebietskulisse des Riedstroms ist das größte Überschwemmungsgebiet in Bayern. Beim Hochwasser im Juni standen rund 120 Quadratkilometer unter Wasser. Um ein Verständnis für diese Fläche zu bekommen: Das entspricht circa 17.000 Fußballfeldern. Ich möchte an dieser Stelle auch die Gelegenheit nutzen und den vielen Ehrenamtlichen bei der Feuerwehr und den Blaulichtorganisationen zu danken, die wirklich vorbildlich Schlimmeres verhindert haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Riedstrom zieht sich wie ein blaues Band quer durch meinen Heimatlandkreis. Man könnte mit dem Lineal südlich der Donau einen Strich entlangziehen und hätte einmal das Gebiet, das sich von Gundelfingen bis Donauwörth im Landkreis Donau-Ries erstreckt. Gerade im Bereich der Sonderkulturen waren die Schäden durch den

Riedstrom immens. Allein in meinem Stimmkreis sind rund 300 Landwirte von den gravierenden Folgen betroffen.

Ich habe mir zu Beginn des Hochwassers ein Bild vor Ort gemacht. Kartoffeläcker standen in einem Schadensbereich von einer halben Million Euro unter Wasser, die man dann eben nicht mehr retten konnte und wo eine besondere Hilfe sichtlich notwendig war. In dieser schlimmen Situation wollte ich als zuständiger Stimmkreisabgeordneter gemeinsam mit meinem Kollegen Wolfgang Fackler aus dem benachbarten Landkreis Donau-Ries die betroffenen Landwirte nicht im Stich lassen. Als Stimmkreisabgeordnete stehen wir seit Anfang Juni letzten Jahres im kontinuierlichen Austausch mit den Betrieben im Riedstromgebiet.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle unserer Staatsministerin Michaela Kaniber, die keine Zeit verstreichen lassen hat und sich bereits während der Hochwasserkatastrophe im Juni ein Bild von den Schäden vor Ort in Rettingen gemacht hat. Seit Juni setzen wir als CSU uns für eine schnelle und gerechte Hilfe für die Betroffenen im Riedstromgebiet ein. Bereits während der Flutkatastrophe hat die Staatsregierung mit einem Soforthilfeprogramm von 100 Millionen Euro reagiert, das man dann abermals auf 200 Millionen Euro aufgestockt hat.

Diese Hilfen stehen allen Privatpersonen, Unternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben in Bayern zu. Das war wirklich ein deutliches Ausrufezeichen dieser Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das zeigt auch ganz deutlich, dass der Freistaat seine Bürgerinnen und Bürger in der Not nicht im Stich gelassen hat – im Gegensatz zur Bundesregierung, deren Vertreter zwar einen regen Hochwassertourismus betrieben, letzten Endes aber den Opfern des Hochwassers nicht geholfen haben.

Neben dieser Säule der Soforthilfen, die für alle in Bayern gelten, gab es für diese besondere Situation im Riedstromgebiet weitere Hilfen. Dafür haben sich nicht nur mein Kollege Wolfgang Fackler und ich, sondern auch unser Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek mit besonderem Nachdruck eingesetzt. – Dafür euch beiden noch einmal herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich danke auch dem Ministerpräsidenten und der Landwirtschaftsministerin, die diese besonderen Riedstrom-Hilfen ermöglicht haben. Ich kann Ihnen versichern, dass man für diese solidarische Unterstützung des Freistaates sehr dankbar ist; das ist mir aus zahlreichen Gesprächen mit den betroffenen Landwirten aus meiner Heimatregion bewusst. Vor Ort wird sehr wohl registriert, dass eine gesonderte Hilfe für die Menschen im Riedstromgebiet keine Selbstverständlichkeit ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Bevölkerung wird wahrgenommen, dass der Freistaat im Vergleich zum Hochwasser 2013 seine Hilfen noch einmal von 50 % auf 80 % aufgestockt hat. Es wird auch vernommen, dass auf die Staatsregierung Verlass ist, die den Anteil des Bundes von 30 % komplett übernommen hat.

(Beifall bei der CSU – Klaus Holetschek (CSU): So ist es! – Martin Stümpfig (GRÜNE): Dann müsst ihr einen Antrag stellen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, nun möchte ich noch ein paar Worte über Ihre beiden Anträge verlieren, die Sie heute in einem völlig durchschaubaren Manöver ins Plenum hochgezogen haben. Eigentlich müsste ich Ihnen dankbar sein, weil uns das noch einmal erlaubt darzustellen, wie die Staatsregierung den Menschen im Riedstromgebiet verlässlich geholfen hat.

Eine Erhöhung der Förderung um 10 % zu fordern, ist doch Ausdruck purer Verzweiflung, weil Ihnen nichts Kreativeres eingefallen ist, was man an den Hilfen für die Riedstrom-Geschädigten bemängeln könnte. Das ist ein klassischer Freibierantrag, den

man nur stellen kann, wenn man sich über haushälterische Zwänge keine Gedanken machen muss, frei nach dem Motto von Pippi Langstrumpf: Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.

Abgesehen davon, liebe Kollegen der AfD, brauchen Sie sich hier nicht scheinheilig als die Retter der Landwirtschaft aufzuspielen. In Ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl lehnen Sie erneut sämtliche Subventionen für unsere heimische Landwirtschaft ab. Wie geheuchelt ist es nun also, wenn Sie auf der einen Seite der bäuerlichen Landwirtschaft auf Bundesebene eine klare Absage erteilen und landwirtschaftliche Familienbetriebe in einen ruinösen Wettbewerb mit großen Agrarkonzernen drängen und auf der anderen Seite so tun, als wären Sie die Mutter Teresa der bayerischen Landwirtschaft?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist unredlich und wird zum Glück von den Wählerinnen und Wählern durchschaut.

(Lachen bei der AfD)

– Da können Sie ruhig lachen. – Zu Ihrer Frage, Herr Kollege Singer, wie es jetzt nun weitergeht: Es wird wohl klar sein, dass der Freistaat und auch die Staatsregierung weiterhin zur Riedstrom-Erklärung stehen und dass sich die meisten Landwirte des Kraftaktes der Staatsregierung beim letzten Hochwasser auch weiterhin bewusst sind.

Abschließend möchte ich festhalten: Wir als CSU wissen um unsere Verantwortung auch in Zukunft. Wir stehen zur Riedstromvereinbarung aus dem Jahr 2016, die überhaupt erst eine Entschädigung möglich gemacht hat. Wir unterstützen unsere Haushalte und unsere Landwirte, die vom Hochwasser betroffen sind. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegen zwei Meldungen zur Zwischenbemerkung vor. – Die erste kommt von der Kollegin Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Knoll, ich stimme Ihnen in ganz vielen Dingen zu. Wir haben uns alle darüber gefreut, dass es Mittel aus Bayern für den Riedstrom gegeben hat; das hat meine Kollegin Frau Lettenbauer auch lange gefordert. Sie erwähnen aber immer wieder, der Bund habe noch nichts gezahlt. Da fehlt ein Halbsatz: Sie haben auch noch nichts beantragt. Wir haben in vielen Anfragen wissen wollen, welche Mittel Bayern denn beim Bund beantragt hat. Sowohl von den Kollegen als auch auf meine AzPs und Anfragen kam immer die Antwort, es sei noch gar nichts beantragt, weil man den Schaden noch nicht beziffern könne. Es ist ein bisschen unlauter, sich dann darüber zu beschweren, dass noch nichts gekommen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manuel Knoll (CSU): Liebe Frau Kollegin Köhler, soweit ich weiß, hat es der Finanzminister des Öfteren beim Bund versucht; ganz sicher weiß ich es auch von den Vertretern der Landwirtschaft vor Ort. Sie haben immer wieder über den Bundestagskollegen Funke-Kaiser von der FDP versucht, eine Hilfe des Bundes zu ermöglichen. Dort wurde das aber nicht als größeres Schadensereignis ausgemacht. Deshalb sind eben diese 30 %, die es beim letzten Mal gegeben hat, dieses Mal ausgeblieben. Wenn dennoch Geld fließen würde, wären wir dankbar; dann würden wir als Freistaat uns ein bisschen Geld sparen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE) – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Herr Knoll, ich muss Ihnen ein bisschen Nachhilfeunterricht in Mathematik geben. Sie haben jetzt über Subventionen gesprochen. Ich sage noch einmal, was die AfD bei Subventionspolitik stört: Die bayerischen Bauern kriegen vielleicht 5 bis 6 Milliarden Euro aus diesem Agrartopf, nachdem der deutsche Steuerzahler 10 Milliarden Euro eingezahlt hat. Das ist kein gutes Geschäft; das dürfte sogar die CSU verstehen. Darum geht es. Wir subventionieren im Grunde genommen die Konkurrenten der deutschen Bauern.

Zweitens haben Sie wiederholt gesagt, Sie stünden zu dieser Vereinbarung zum Riedstrom: Warum habt ihr dann so ein Geschiss gemacht und nicht gleich gezahlt? Das ist doch die Frage. Wenn ihr dazu steht, dann hättet ihr gleich den Bauern sagen können, dass ihr zahlt. Aber ihr habt ein Geschiss gemacht und sie dann im Unklaren gelassen. Das kritisieren wir massiv, und ein bisschen mehr wäre auch gegangen.

(Beifall bei der AfD)

Manuel Knoll (CSU): Was Sie sagen, stimmt einfach nicht.

(Gerd Mannes (AfD): Doch!)

– Nein, weil sofort nach dem Hochwasser hat der Ministerpräsidenten klar gesagt, er stehe zur Riedstromvereinbarung und es werde sie geben. Aber zuerst einmal müssen die Schäden geschätzt werden. Man hat erst im September gewusst, wie viel von der Ernte jetzt wohl beschädigt ist und wie viele Hilfen denn überhaupt notwendig sind. Deswegen stimmt nicht, was Sie sagen.

(Gerd Mannes (AfD): Doch!)

Die Staatsregierung hat von Anfang an klar kommuniziert, dass sie die Betroffenen im Riedstromgebiet unterstützt und die Leute nicht alleinlässt. Deshalb ist Ihr Antrag und Ihre ganze Vorgehensweise unredlich. Lassen Sie mich nur eines noch zum Thema EU-Agrarsubventionen sagen: Sie sind gegen jegliche Subventionen. Wie sollte eine bäuerliche Landwirtschaft heutzutage überleben? Ohne Subventionen ist das ange-

sichts der Konkurrenz überhaupt nicht möglich. Deshalb ist der Antrag genauso populistisch wie die weitere Forderung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Eva Lettenbauer für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kenne das Leid und auch die Verzweiflung der Leute, die in Nordschwaben vom verheerenden Hochwasser betroffen waren. Ich weiß, dass gerade die Ehrenamtlichen mit dem Schleppen von Säcken und dem Einrichten von Dämmen alles gegeben haben und dadurch Dörfer und Städte vor der Katastrophe geschützt haben.

In anderen Orten ist die Katastrophe eingetreten: in Hamlar, in Peterswörth, in Wertingen und in vielen weiteren Orten. Ich weiß auch, wie es zum Beispiel in Zusum, wenige Stunden, nachdem sich das Wasser zurückgezogen hat, ausgesehen hat. Noch heute leben dort Menschen nicht in ihren Häusern. Ich weiß auch, wie es Landwirten geht, die innerhalb weniger Stunden ihre Ernte verloren haben.

Umso beschämender finde ich es, dass Sie von der AfD sich jetzt als Retter der Hochwasserbetroffenen inszenieren; denn Sie sind ja diejenigen, die die Ursachen leugnen für immer schlimmer werdende Hochwasser, für immer mehr Starkregen, für immer mehr Stürme und auch dafür, dass weltweit Dürren, unbewirtschaftete Böden und Verluste in der Landwirtschaft immer, immer mehr werden.

Es ist absurd und es ist brandgefährlich, dass die AfD die menschengemachte Klimakatastrophe, die Klimakrise leugnet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sagen wir es doch einmal so: Wer mehr Wasser in den Bottich pumpt und dann ganz laut das Abpumpen dieses Wassers fordert, führt Leute in die Irre. Sie verspotten die Hochwasserbetroffenen. Hören Sie damit auf!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihrer völlig absurden Haltung gegenüber dem wissenschaftlich eindeutig nachgewiesenen menschlichen Einfluss auf die Klimakrise ist ganz klar, dass Sie sich selbst für die durchaus notwendige Auseinandersetzung über die Entschädigung der Hochwasserbetroffenen disqualifiziert haben.

Deshalb dazu unsere Einschätzung. Wir GRÜNE arbeiten für eine optimale und auch für eine schnelle Entschädigung der Hochwasserbetroffenen. Die 200 Millionen Euro an Hilfe müssen schnell, und zwar deutlich schneller, bei den Betroffenen ankommen. Die Anträge müssen viel, viel schneller bearbeitet werden. Ganz, ganz klar ist auch: Alles, die gesamte Summe muss für den Hochwasserschutz verwendet werden. Wir GRÜNE schauen da ganz genau hin; denn die versprochene Summe darf von Ihnen, liebe Regierungsfaktionen, nicht nur laut getönt werden, sie muss am Ende im Hochwasserschutz landen.

Wir brauchen sogar noch viel mehr Investitionen in den Hochwasserschutz, um die Kommunen vor Ort nicht alleinzulassen, sondern sie zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend noch einmal zur AfD: Hören Sie auf, die komplexe Debatte um den Hochwasserschutz in Nordschwaben und in ganz Bayern für Ihren billigen Rechtspopulismus zu kapern.

(Widerspruch bei der AfD)

Vernünftige Lösungen gibt es nur ohne die AfD. Arbeiten wir für ein stabiles Klima, und schützen wir die Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion, vor. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Frau Lettenbauer, Sie haben gerade gesagt, an diesem Hochwasser in Nordschwaben oder in Schwaben, wie auch immer, wäre die AfD schuld. Das haben Sie gerade wortwörtlich gesagt. Meinen Sie das wirklich so? Können Sie das mit Zahlen belegen?

(Zuruf von den GRÜNEN: Zuhören!)

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Offensichtlich haben Sie nicht zugehört.

(Zurufe von der AfD: Doch!)

Das habe ich so nicht gesagt.

(Zuruf von der AfD)

Dabei ist es ganz klar und ganz eindeutig, dass das Mehr an Hochwasser, dass das Mehr an extremen Schäden für die Leute und für die Landwirtschaft auf die Klimakrise zurückzuführen ist. Setzen Sie sich einmal auf Ihren Hosenboden und informieren Sie sich gescheit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER die Kollegin Jakob. Bitte schön.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Hochwasserereignisse in den vergangenen Jahren haben uns alle oder viele von uns sehr schwer getroffen. Vor allem viele Hausbesitzer und auch die Landwirtschaft haben dadurch massive Einbußen und finanzielle Not erlitten.

Ich selbst weiß, wie es ist, wenn landwirtschaftliche Flächen überschwemmt sind, wenn man nicht weiß, wie man zum Stall kommt, weil der Zufahrtsweg überschwemmt ist, und man nicht weiß, was mit den Tieren im Stall los ist. Ich weiß, wie das ist, weil ich selber davon betroffen war. Deswegen kann ich nachvollziehen, wie es den Landwirten im Riedstromgebiet geht, wo Hunderte von Hektar überschwemmt wurden.

Die Riedstromvereinbarung von 2016 hat aber eines deutlich gemacht: Wir stehen zu unserer Landwirtschaft, und wir stehen auch zu den Landwirten im Riedstrom. Damals haben wir als Freistaat Bayern 50 % übernommen, 30 % kamen vom Bund. Bis heute, ob Hilfen beantragt sind oder nicht, kommt vom Bund keine Zusage, dass wir im Sinne der Landwirtschaft, im Sinne der Hausbesitzer finanzielle Unterstützung erhalten.

Deshalb bin ich sehr dankbar, dass sich der Freistaat zur Verfügung gestellt hat, dass auch die zuständige Ministerin Kaniber vor Ort war, sich die Lage angesehen hat und festgestellt hat: Ja, den Landwirten dort muss man helfen, und man muss alles Mögliche tun.

Wir waren vor Ort, nicht nur mehrmals ich, sondern auch Staatsminister Aiwanger und viele weitere, und haben uns angesehen, wie es den Landwirten geht, wie sie sich fühlen, welche Probleme vorhanden sind. Wir haben uns nicht wie Sie, liebe AfD, bei Veranstaltungen in die letzten Reihen gesetzt und hinten irgendwie agiert und versucht, Hass zu schüren, Wut zu schüren, sondern wir sind von Anfang an zur Riedstromvereinbarung gestanden.

Mir persönlich war es ganz wichtig, dass die Obergrenze von 50.000 Euro wegfällt. Das haben wir auch erreicht. Ich bin dafür auch sehr dankbar; denn die Schäden enden nicht bei 50.000 Euro. Viele Schäden gingen weit darüber hinaus – 100.000 Euro, 200.000 Euro – und müssen entschädigt werden. Diese Schäden sind für die Betriebe nämlich existenzgefährdend. Ich glaube, mit unserer Regelung haben wir vermieden, dass ein Betrieb aufgrund eines Hochwasserschadens zusperren muss und nicht mehr weiter wirtschaften kann.

Ja, wir brauchen einen Fahrplan – davon bin ich tatsächlich überzeugt. Wir brauchen einen Fahrplan für die Zukunft, wenn weitere Hochwasser kommen; denn es werden mehr werden, ob wir dies glauben oder nicht. In Zukunft wird es Starkregenereignisse geben. Hierfür brauchen wir einen Plan. Wir brauchen ein Plan für die Landwirte, den wir aus der Schublade ziehen können, wenn wieder Flächen überschwemmt sind, ob im Riedstrom oder in vielen anderen Regionen Bayerns. Die Landwirte müssen wissen: Das muss ich machen; das kann ich beantragen. Habe ich eine Versicherung? Kann ich das über die Mehrgefahrenversicherung lösen, wenn wir Überschwemmungs- und Hochwasserschutz in sie aufnehmen? Können wir das mit einer Art Fonds lösen? Ich weiß es nicht; ich bin keine Expertin. Ich glaube aber, wir müssen uns gemeinsam an den Tisch setzen, um für die Zukunft für die Landwirte einen Fahrplan zu haben, wie diese damit umgehen sollen. Ich glaube, das ist ganz wichtig.

Wir stehen an der Seite der Landwirtschaft. Das haben wir auch bewiesen. Wir werden uns das von der AfD nicht ausreden lassen und auch nicht kaputtmachen lassen. Wir sind die Partei der Landwirte. Wir haben die meisten Landwirte in der Fraktion. Deswegen wissen wir auch, was wichtig ist, und werden sie weiterhin unterstützen.

Den Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Anna Rasehorn. Bitte schön.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Heute wurde schon gesagt: Das Riedstromgebiet in Bayern ist das größte historische Überschwemmungsgebiet und ein essenzieller Bestandteil unseres Hochwasserschutzkonzepts an der Donau.

Die Landkreise Dillingen und Donau-Ries sind von landwirtschaftlicher Nutzung geprägt. Wir wissen aus leidvoller Erfahrung, wie schnell Hochwasserereignisse Erntefälle verursachen und damit enorme wirtschaftliche Schäden anrichten können.

Auch wir, meine Kollegin Strohmayr und ich, waren vor Ort. Ein Teil meiner Familie stammt aus Wertingen. Wir haben gesehen, wie furchtbar das Hochwasser sein kann. Auch hier unser Dank für die schnellen Hilfen. Ich denke, ich kann für alle demokratischen Fraktionen sagen, dass uns eint, dass wir die Landwirte und die Bewohner im Riedstromgebiet aufgrund ihrer Opferbereitschaft, sich überfluten zu lassen und eine schwierige Lage zu erdulden, besonders behandeln müssen.

Im Gegensatz zur AfD relativieren wir auch hier die bereits bestehenden Fortschritte nicht; denn – hoffentlich hört die Staatsregierung jetzt auch zu – die Staatsregierung hat nämlich bereits auf die Herausforderungen reagiert. Auch dafür unser Dank. Auf Basis der Riedstromvereinbarung aus dem Jahr 2016 wurde nämlich im Oktober ein Entschädigungssatz festgelegt und zugesagt, der für die betroffenen Landwirte insgesamt 80 % der Schäden umfasst, und das – das hat meine Kollegin bereits gesagt – ohne Höchstgrenze. Hierfür ist Dank erforderlich.

Ich dachte, mit dem Dank an die Staatsregierung könnte das Ganze an dieser Stelle enden. Herr Knoll, Sie haben aber provoziert. Warum kann sich hier der Bund nicht an den Kosten beteiligen? Die Kostenentschädigung ist nämlich Ländersache. Ein Blick ins Gesetz hilft: Der Bund kann sich nur an den Kosten der Länder beteiligen, wenn eine Katastrophe nationalen Ausmaßes vorliegt und die betroffenen Länder bei der Bewältigung überfordert sind.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigen Sie bitte ganz kurz. Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Bitte die Einzelgespräche einstellen.

Anna Rasehorn (SPD): Das heißt, als Voraussetzung muss eine Katastrophe nationalen Ausmaßes vorliegen. Da sagt die Praxis ganz klar: Hier müssen die Gesamtumstände bewertet werden. Dafür muss vonseiten der Länder beim Bund ein Antrag gestellt werden, in dem die Schadenssumme genau beziffert ist. Das hat der Freistaat leider bisher nicht gemacht. Das ist schade. Hier könnten wir besser werden.

Was möchte die AfD mit ihrem Antrag tatsächlich erreichen? – Es soll der Eindruck erweckt werden, als könne hier eine bahnbrechende Forderung gestellt werden. Da kann man definitiv sagen: Nein; denn da ist die Staatsregierung der AfD bereits zuvorgekommen. Anstatt sich konstruktiv am Hochwasserschutz zu beteiligen und mitzuarbeiten, wird hier versucht, verpasste Gelegenheiten politisch auszuschlachten. Den Bewohner:innen des Riedstromgebiets wäre nämlich deutlich mehr geholfen, wenn Sie den menschengemachten Klimawandel nicht leugnen, sondern uns auch im Unterausschuss beim Thema "Natürlicher Hochwasserschutz" helfen würden. Wir hatten hierzu, aber auch zum technischen Hochwasserschutz eine Anhörung. Da kommt von Ihrer Fraktion leider immer herzlich wenig. Wir sollten dort aber investieren.

Im Ausschuss haben wir auch über die Elementarschadenversicherung diskutiert. Auch hier haben die demokratischen Fraktionen versucht, eine Lösung zu finden. Dazu hört man von der AfD nichts, weil sie nicht an Lösungen interessiert ist. Deswegen lehnen wir den Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Schöffel um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Frühsommer des letzten Jahres hat Bayern und Baden-Württemberg ein extremes Hochwasser heimgesucht. Es war ein Hochwasser nationalen Ausmaßes. Wir hatten Schäden in Höhe von über 4 Milliarden Euro, nämlich 4,1 Milliarden Euro, zu verkraften. Davon entfällt mit über 3,5 Milliarden Euro der größ-

te Teil auf den Freistaat Bayern, aber auch Teile Baden-Württembergs sind betroffen. Es sind sogar einzelne Menschen, etwa Hilfskräfte, ums Leben gekommen. Es war eine nationale Katastrophe.

Ich möchte mich zunächst im Namen der Staatsregierung bei all denen bedanken, die so schnell geholfen haben. Es waren viele, viele ehrenamtliche Hilfskräfte, Feuerwehrleute, Polizeibeamte, Soldatinnen und Soldaten, Bäuerinnen und Bauern, also viele, viele Menschen, die angepackt haben. Nur durch diesen großen Zusammenhalt konnte in den ersten Stunden und Tagen der Not geholfen und sehr, sehr viel Leid gelindert werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Herr Kollege Manuel Knoll und viele andere haben die Hilfsangebote der Staatsregierung ausführlich erläutert. Ich möchte vor allem darauf hinweisen, was in einem solchen Fall gilt: Wer schnell hilft, hilft doppelt, und deswegen sind diese Soforthilfen der Staatsregierung vor allem für private Hausbesitzer mit bis zu 5.000 Euro für Hausrat- und Haushaltsschäden sowie mit bis zu 10.000 Euro bei Ölschäden an Gebäuden eine schnelle und unbürokratische Hilfe. Von privaten Hausbesitzern sind über 14.000 Anträge gestellt worden. Es sind bereits enorme Summen ausbezahlt worden.

Es ist auch auf die Hilfen hingewiesen worden, die im Bereich der Landwirtschaft bestehen. Herr Kollege Knoll hat auch auf die aufgestockten Beträge aufmerksam gemacht. Zudem gibt es auch Härtefallhilfen und Existenzsicherungen für Menschen, die die Schäden aus eigener Kraft nicht bewältigen können. In diesen Fällen werden bis zu 100 % der Schäden ersetzt. Auch für diese Härtefallhilfen sind über 500 Anträge gestellt und bereits Summen ausbezahlt worden.

Ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet, weil ich es traurig und infam finde, dass die Vertreter von Rot und Grün, die in Berlin die Verantwortung tragen, hier so tun, als seien die Schäden nicht festgestellt und keine Hilfsanträge in Berlin gestellt worden.

Ich möchte zunächst einmal darauf hinweisen, dass die Staatsregierung diese Schäden genau beziffert und ans Bundesfinanzministerium gemeldet hat.

Frau Kollegin Köhler, auf dieser Grundlage sind die Daten an die EU-Kommission weitergegeben worden. Diese hat festgestellt, dass Bayern und Baden-Württemberg Hilfgelder bekommen. Wenn Sie einerseits sagen, das Bundesfinanzministerium habe keine Gelder, andererseits aber die Kommission auf der Grundlage dieser Zahlen bereits reagiert hat, zeigt das bereits, wie armselig das Vorgehen im Bundesfinanzministerium ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sagen und tun hier so, als sei es keine Katastrophe nationalen Ausmaßes gewesen. Das trifft alle Betroffenen ins Herz und in die Seele, die ihr Haus, ihren Hausrat, ihr ganzes Hab und Gut und vielleicht sogar Familienangehörige verloren haben, aber auch diejenigen, die da geholfen haben. Das ist aus meiner Sicht ein schäbiges Stehen aus der Verantwortung. Wenn es keine nationale Katastrophe war, fragt man sich: Warum ist denn dann der Bundeskanzler angereist? Warum ist denn dann die Bundesinnenministerin angereist? Warum ist denn dann der Bundesklimaminister angereist? Es war eine große Katastrophe. Deswegen wäre es auch richtig, fair und angemessen, dass sich angesichts der Zusagen des Bundeskanzlers, dass schnell geholfen werde, auch der Bund beteiligt und jetzt Hilfen folgen. In Bayern ist vom Bund null Komma null angekommen.

(Zuruf von der CSU: Kein Verlass! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Herr Kollege Schuberl, jetzt sage ich es Ihnen nochmals abschließend, wenn Sie nochmals zuhören würden: Die Schäden sind festgestellt. Sie sind an das Bundesfinanzministerium gemeldet worden. Auf dieser Grundlage hat die EU-Kommission reagiert, der Bundesfinanzminister jedoch nicht. Seitdem haben wir uns auch im Bundesrat bemüht, dieses Thema zur Sprache zu bringen. Der Bundesrat hat im Februar

endlich einstimmig beschlossen, erstens, dass die von Bayern vorgelegten Zahlen ausreichend sind, und zweitens, dass der Bund seiner Verantwortung für Katastrophen dieses Ausmaßes gerecht werden und die Länder hier entsprechend unterstützen soll. Das ist ein Beschluss des Bundesrates. Es ist nicht so, wie Sie immer noch sagen, dass es keine Anträge und keine Zahlen gäbe und man in Bayern etwas tun müsse. Wir haben uns im Finanzausschuss des Bundesrates und in der Finanzministerkonferenz massiv eingesetzt. Die Maßnahme ist beschlossen. Es ist sehr schade, dass Sie sich hier auf diese Position zurückziehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor; zunächst Frau Kollegin Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich wundere mich sehr, dass ich Ihnen das Verfahren erklären muss, nicht umgekehrt. Man meldet an die EU-Ebene, dass grundsätzlich Mittel nötig sind, hier ein Schaden vorliegt und man um eine Unterstützung bittet. Ich habe mehrere Anfragen dazu gestellt, welche Anträge denn beim Bund dazu gestellt wurden, weil auch die Kollegen im Bund gesagt haben: Wir wissen gar nicht, was wir überweisen sollen, da keine Anträge vorliegen. Es sind mehrere Anfragen, sowohl an mich als auch an den Kollegen Hierneis – ich glaube, sogar von Ihnen unterzeichnet –, zurückgekommen, dass die Schäden noch nicht zu beziffern seien. Ich verstehe das auch; denn 2024 haben Sie die Mittel aus den Hochwasserschäden 2013 und 2021 bekommen. Es scheint also wirklich eine längere Zeit zu dauern, bis man das Ganze genau ermittelt, beziffert und beantragt.

(Zuruf von der CSU: Das ist so lächerlich!)

Schäbig ist es aber – dazu steht heute auch der Faktencheck in der "Süddeutschen Zeitung" – herumzuerzählen, man hätte noch keine Mittel bekommen, obwohl man sie

beantragt habe. Sie haben mir in mehreren Anfragen bestätigt, dass sich der Schaden noch nicht beziffern lässt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das Faktencheck zu nennen, ist ein Witz!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Liebe Frau Kollegin Köhler, Ihre Redezeit ist um.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Liebe Frau Kollegin Köhler, ich kann nur noch einmal sagen, was ich schon ausgeführt habe: Es liegen dem Bundesfinanzministerium umfangreiche Zahlen vor. Auf dieser Grundlage kann man helfen. Wir haben auch darauf hingewiesen, man könnte es ganz einfach so wie 2021 machen; denn auch damals hat sich der Bund beteiligt. Bevor Sie uns hier erklären, wie Hilfen gehen, obwohl wir bereits viele, viele Millionen ausbezahlt haben und die Leute das Geld schon lange auf dem Konto haben, erzählen Sie doch bitte in Berlin, wie man dies macht, aber nicht im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Herr Schöffel, Sie sind ein vernünftiger Mann. Ich habe noch zwei Fragen.

Punkt eins: Können Sie noch einmal erklären, warum es so lange gedauert hat, bis die Staatsregierung klargemacht hat: Ihr bekommt die 80 %? Denn viele Landwirte haben uns angesprochen, weil sie im Unklaren darüber geblieben sind.

Punkt zwei: Wie der Kollege Singer bereits gesagt hat, wird auch in Zukunft das Wasser wieder auslaufen. Das ist vorhersehbar, weil es politisch so gewollt ist. Gilt die Riedstromvereinbarung in Zukunft, oder ist es nur eine Absichtserklärung? Gilt die

Riedstromvereinbarung in Zukunft, wenn wieder so ein Fall wäre, dass Sie ohne Probleme 80 % bezahlen? Danke für die Antwort.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Kollege Mannes, ich kann es nur noch mal ausführen: Erstens. Es wird so schnell gehandelt, wie es nur geht. Die Soforthilfen für private Haushalte sind innerhalb weniger Tage und Wochen ausbezahlt worden, eben für Haushalte bis zu 5.000 Euro, bei Ölschäden bis zu 10.000 Euro. Im Bereich der Landwirtschaft ist es etwas komplizierter, die Schäden festzustellen.

Zweitens war zu klären, was mit den Leistungen des Bundes wird. 2021 hat der Bund geholfen. Das macht er jetzt nicht. Das macht jetzt der Freistaat Bayern.

Es gibt überhaupt keinen Grund, hier so zu tun, als seien die Dinge irgendwie verspätet in Gang gesetzt worden. Wie gesagt sind viele Anträge, über 14.000 bei privaten Haushalten, verbeschieden und ausbezahlt. Im Bereich der Landwirtschaft sind bereits über zehn Millionen Euro ausbezahlt, und das wird, sobald die Schadensmeldungen vorliegen, so weitergehen. Der Freistaat hilft schnell. Er hilft unbürokratisch. Das werden Sie in keinem anderen Bundesland finden, geschweige denn bei der Bundesregierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die beiden Anträge wieder getrennt.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/3856 betreffend "Hochwasser des Riedstroms im Juni 2024: Verbindliche Riedstromvereinbarung für künftige Hochwasserereignisse umsetzen". Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und GRÜNE. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/3857 betreffend "Hochwasser des Riedstroms im Juni 2024: Finanzielle Hilfen für die privaten Haushalte". Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt, auch diesen Antrag abzulehnen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.